

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzschehaus, Berlin.
Sprechsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefonnummer: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Zeilen
nur beim Charakterkopieren, wenn nicht anders vermerkt ist. Genehmigung für beide Seiten ist Zuzahlung.

Berlin, den 25. April 1931

Hoch die roten Fahnen !

Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Kampfruf zum 1. Mai.

SPD. In den letzten vier Jahrzehnten, seit zum ersten Mal der Kampfruf zum 1. Mai über Land und Meere scholl, hat sich das Antlitz der Gesellschaft so grundlegend verändert, wie kaum je zuvor in einem gleichen Zeitraum. Staatliche Formen, die aus grauer Vorzeit überkommen und noch für ferne Zukunft unzerstörbar schienen, sind im Sturm gebrochen und durch neue ersetzt. Der Zarismus als das finstere Wahrzeichen grausamsten Terrors ist verschollen. An seiner Statt herrscht heute ein Regime, das nicht minder blutig, nicht minder verschlagen und nicht minder grausam ist, dafür aber mit dem Namen der Arbeiter und Bauern ein frevles Spiel treibt. Zusammengebrochen die bunte Reihe der Monarchien, die Ewigkeitswert zu haben schienen. Verklungen und vergessen die Namen ihrer Träger. In einem furchtbaren, die Welt umspannenden Blutbad sind alte Formen zerbrochen, neue Gebilde staatlicher Macht als Ausdruck neuen Volkswillens erstanden. Erst dieser Tage musste einer der letzten in Europa noch regierenden Monarchen den Koffer packen, um einer demokratischen Regierung Platz zu machen.

Diese revolutionären Umgestaltungen sind äussere Zeichen von den inneren Wandlungen, denen die Produktivkräfte der Gesellschaft und damit diese selbst unterworfen waren. Eine endlose Reihe von technischen Erfindungen, deren jede für sich umwälzende Bedeutung gewinnen konnte, hat die Wirtschaft revolutioniert, die Möglichkeit, Güter für den Menschen aller Erdteile herzustellen, ins kaum Berechenbare gesteigert. Gleichzeitig verbessert sich von Jahr zu Jahr die Möglichkeit des Güterausstausches durch die technische Umgestaltung der Verkehrsmittel. Es gibt kaum noch Entfernungen auf dem Erdball, die nicht spielend überwunden werden könnten. Der Fortschritt kennt keine Grenzen.

Aber da stehen Millionen und Abermillionen in jedem Lande, die ohne Arbeit sind, ohne Anteil an dem Schaffen, das die Welt mit Gütern des Gebrauchs und des Ueberflusses erfüllt. Stehen abseits von der Arbeit, abseits von Erwerbsmöglichkeiten, ausgeschaltet aus dem grossen Räderwerk des technischen Fortschritts und der menschlichen Entwicklung - angewiesen auf kärgliche Unterstützungen und auf Hoffnungen, denen keine Erfüllung zu winken scheint. Trotz aller Technik stockt der Verkehr, stockt der Absatz und die Herstellung. Die Krise bricht aus. Sie zeigt, wie krank das Wirtschaftssystem der Welt geworden ist.

In solcher Zeit der Wirtschaftskrise von früher ungeahntem Ausmasse und kaum je erlebter Dauer werden an die Arbeiterklasse aller Länder besonders harte Anforderungen gestellt. Gerade jetzt gilt es, nüchtern und mit zusammengebissenen Zähnen den Dingen ins Auge sehen und schliesslich doch den Weg zu finden, der ins Freie führt. Als der Internationale Kongress der Arbeiter und Sozialisten von 1889 die Werktätigen aller Länder aufrief, den 1. Mai zum Tag der Arbeiter zu machen, und ihm überall und einheitlich zum Inhalt zu ge-

ben, die Forderung des Achtsturentages und des gesetzlichen Arbeiterschutzes, da war das im besten zukunftsweisenden Sinne eine revolutionäre Tat. Ein Banner wurde aufgepflanzt, ein Ziel und gleichzeitig ein Weg gewiesen. Das sozialistische Ziel: Schutz des Menschentums durch Begrenzung der Ausbeutung. Der demokratische Weg! Zusammenschluss der Arbeiter aller Länder zu einheitlichem Wollen in einheitlicher Aktion!

Der Achtsturentag ist heute nicht mehr ein fernes Ziel, wie damals. Er ist, zwar noch durchlöchert, aber doch anerkannt und vielfach durchgeführt. Aber er ist bereits überholt durch die viel schnellere Entfaltung der technischen Arbeitshilfe, überholt durch die Tatsache, dass heute Millionen und Abermillionen schaffensbereiter Hände brach liegen müssen. Heute gilt es, die Arbeitszeit weiter zu beschränken, um die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Aus der Not der Gegenwart ist die Forderung nach der Vierzigstundenwoche geboren, die einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und seelischen Verödung zeigt. Verkürzt die Arbeitszeit der Arbeitenden, aber gibt den Feiernden Arbeit! Das ist ihr Sinn. Sie heischt Opfer, aber sie bietet Aussicht. Sie wendet sich an die Kameradschaft auf der einen Seite, um der andern Hilfe zu bringen. Und sie dient damit gleichzeitig den Sonderinteressen der Arbeiterklasse, wie der Gesamtheit.

Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor schamloser Ausnutzung - das war die Forderung von ehemals. Heute heisst sie: Schutz der Arbeitskraft vor Verfall durch erzwungenen Müssiggang! Und gleichzeitig: Schutz der Zukunft vor den Folgen der gegenwärtigen Verelendung!

Es ist die historische Aufgabe der Arbeiterbewegung, der Gesamtentwicklung voranzuschauen und voranzugehen. Als die Forderung des Achtsturentages zuerst erhoben wurde, da tobte sich der Unverstand gegen sie aus in wütenden Attacken. Und die Gemässigten unter ihren Gegnern glaubten nur "geistreich" zu sein, wenn sie etwa witzelten:

Acht Stunden Arbeit,
Acht Stunden Ruh,
Acht Stunden Schlaf -

Und acht Mark Arbeitslohn dazu!

Wobei zur Erläuterung für die Jüngeren hingefügt sein mag, dass "acht Mark Arbeitslohn" am Tage für Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts etwas Unvorstellbares schien! Heute haben wir nicht nur andere Geldbegriffe, sondern andere Begriffe überhaupt. Der Achtsturentag schreckt nicht mehr, denn er ist ein alter Bekannter geworden. Die Vierzigstundenwoche wird angesichts der Weltnot kaum noch Gegenstand geistreicher Witzeleien werden, vielmehr Objekt ernsthafter Kämpfe gegen wirtschaftliche Kurzsichtigkeit und Unternehmerstarrsinn!

Am Kampfestag der Arbeiterklasse, ihrem aus eigener Kraft errungenen Weltfeiertage aber ist das neue Banner aufgepflanzt: Her mit der Vierzigstundenwoche! Arbeit den Arbeitslosen, die sich sehnen, wieder Hand und Hirn im Produktionsprozess rühren zu können. Schutz der Arbeitskraft vor körperlichem und geistigem Verfall!

Der Weg aus der Krise ist es, den wir alle suchen, der Weg zur geordneten Produktion für alle Völker. Er wird aber nur gangbar sein, wenn die Schlackenhalde beseitigt werden, die noch aus dem Weltkrieg stammen. Verständigung der Völker - Bewusste Ausräumung aller Kriegsgefahren - Wille zum Frieden und Kampf dem Kriege!

Unter diesem Zeichen steht der 1. Mai in dieser Krisenzeit!

Unter diesem Zeichen: Empor die Herzen und empor die Fahnen! Die Arbeiterklasse ist unüberwindlich, wenn sie sich ihrer Kraft bewusst und einig bleibt!

SPD. Angora, 25. April (Eig. Drahtb.)

Die türkischen Parlamentswahlen brachten der Regierungspartei von insgesamt 317 Sitzen 287. Der Rest der Mandate entfällt auf die Unabhängigen und wurde diesen von der Regierungspartei zur Verfügung gestellt. Auf Grund des türkischen Wahlrechts war ein anderes Ergebnis nicht zu erwarten. Es ist so konstruiert, dass eine Opposition von sich aus niemals zur Geltung kommen wird

SPD. Hamburg, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Generalrat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine Hamburg, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reich, nahm eine Entschliessung zur Brotpreiserhöhung an, von der Reichskanzler Dr. Brüning mit nachfolgendem Telegramm in Kenntnis gesetzt wurde :

"Infolge der anhaltenden Erhöhung der Preise für Weizen und Roggen ist die Brotherstellung seit langer Zeit nur mit Verlust möglich. Eine Preiserhöhung für Brot ist im ganzen Reiche unbedingt notwendig, wenn nicht sofort Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen erfolgt. Der in Hamburg tagende Generalrat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reiche, hat die folgende Entschliessung einstimmig gefasst:

Nach dem Zolländerungsgesetz vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Erhöhung der Brotpreise durch geeignete Massnahmen zu verhindern. Inzwischen ist jedoch eine weitere Steigerung der Brotpreise eingetreten die eine schwere Belastung der unter der Wirtschaftskrise leidenden unbemittelten Verbraucher bedeutet. Die an die Brothersteller gerichtete Forderung, die Brotpreise trotz der erneuten Steigerung der Mehlpreise nicht zu erhöhen, ist eine grosse Unbilligkeit, die für die Brothersteller ruinös wirkt und sich volkswirtschaftlich nicht verantworten lässt. Die Reichsregierung kann die übernommene Verpflichtung nur erfüllen, wenn sie durch eine ausreichende Ermässigung der Zölle eine Senkung der Getreide- und Mehlpreise bewirkt und damit die Brotpreise zugunsten der Verbraucher beeinflusst. Der Generalrat fordert dies von der Reichsregierung. Wir bitten dringend, sofortige Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen zu veranlassen."

SPD. Paris, 25. April (Eig. Drahtb.)

Die am Sonnabend veröffentlichte amtliche Statistik über die Arbeitslosigkeit in Frankreich weist im Vergleich zu der letzten Veröffentlichung eine leichte Verringerung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf. Danach beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen nach dem Stande vom 18. April auf 50 537 gegenüber 51 804 in der Vorwoche. Dass die wirkliche Zahl der Arbeitslosen viel höher ist beweist schon, dass in der letzten Woche 70 589 Stellengesuche nicht befriedigt werden konnten.

SPD. Der Stahlhelm hat die öffentliche Bekanntgabe der Endziffer des farnosen Volksbegehrens zur Eroberung Preussens von Tag zu Tag hinausgezogen. Die rechtsradikale Presse hat ihre Leser in den letzten Tagen vom Morgen auf den Abend und vom Abend auf den Morgen vertröstet. Endlich ist es soweit. Man erfährt, dass reichlich 5,83 Millionen Einzeichnungen gezählt worden sind. Man hätte annehmen sollen, dass die Bundesleitung des Stahlhelm ihren Ehrgeiz darin gesetzt hätte, der Öffentlichkeit möglichst rasch, möglichst weitgehende Resultate mitzuteilen. Man hätte grosse Aufsummierungen aus den bisher bekannten Kreisen mit Vergleichsziffern geben können, um so einen Vorausblick auf das kommende Endresultat zu ermöglichen. Es ist dies ein Verfahren, das

jeder grösseren Zeitungsredaktion, wenn sie das dem Stahlhelm zur Verfügung stehende Material erhalten hätte, innerhalb sehr kurzer Frist möglich gewesen wäre.

Statt dessen erfuhrt man vom Stahlhelm im wesentlichen nur die Renommierresultate aus Pommern, Ostpreussen und Schlesien, wo der grossagrarisches Terror Triumphe gefeiert hat, dazu die Behauptung, dass mindestens sechs Millionen Einzeichnungen erreicht worden seien. Inzwischen ist eine halbe Woche vergangen und der Ton der rechtsradikalen Presse wurde immer lauter. Von 6 Millionen Einzeichnungen ging man aus, ja die Münchener Hugenbergpresse kündigte bereits an, dass 7 Millionen Einzeichnungen erreicht werden würden. Nun endlich hört man das Resultat. Es sind weder 7, noch 6 Millionen, sondern nur 5,83 Millionen

Man muss also den Schluss ziehen, dass die Stahlhelmleitung fast bis zuletzt bange Sorgen gehabt hat, ob sie nicht schon beim Volksbegehren hineingefallen sein würde und dass sie deshalb die Bekanntgabe soweit hinausgezögert hat. Das Ergebnis ist klüglisch genug. Die sechs Parteien, die das Volksbegehren betreiben, haben noch nicht 6 Millionen Stimmen aufgebracht, 3,3 Millionen weniger als bei der Septemberwahl des Jahres 1930. Das ist nun das Ergebnis des grossen Ansturms auf Preussen. Mit Ach und Krach sind sie über die für das Volksbegehren nötige Ziffer um rund eine halbe Million hinausgekommen. Dies Resultat haben sie erreicht ohne wesentliche Gegenwirkung mit dem unverschämtesten Terror in den ländlichen Bezirken und mit einer verlogenen und gewissenlosen Agitation ohnegleichen. Wirklich, das ist kein Sieg, es ist noch nicht einmal ein Erfolg. Gemessen an den Tönen, die die Herrschaften vorher und noch in den letzten Tagen angeschlagen haben, ist es ein eklatanter Misserfolg. Wegen 5,83 Millionen, die sich, zum Teil noch unter Zwang, für das Volksbegehren des rechten Flügels eingezeichnet haben, wackelt das demokratische Preussen noch lange nicht!

Die rechtsradikalen Herrschaften werden nun nach Ablauf der notwendigen Fristen zum Volksentscheid gehen müssen. Da können sie noch einmal eine Probe ablegen. Nur wird schon beim Volksentscheid der Terror in den agrarischen Bezirken nicht mehr ganz so einfach sein!

Bei den kommenden Preussenwahlen aber wird sich die Firma Stahlhelm und Kompagnie sehr kräftig anstrengen müssen, wenn sie in Preussen, wie sie mit grossen Worten ankündigt, ein rechtsradikales Regiment aufrichten will. Die 5,83 Millionen, die sie jetzt mustern, lassen von einer grossen Volksbewegung nichts verspüren. Diese Ziffer ist gewissermassen eine Normalziffer, die diese sechs Parteien erreichen mussten. Dass sie nicht darüber hinausgekommen sind, - das macht ihre moralische Niederlage aus!

SPD. Madrid, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Nachfolger des spanischen Diktators Primo de Rivera in dem Amt des Ministerpräsidenten, General Berenguer, und sein ebenfalls der Armee angehörender Bruder haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, in Zukunft der Republik zu dienen und sie zu verteidigen. Eine ähnliche Erklärung hat der letzte Chef des königlichen Militärkabinetts und ein anderer General abgegeben, der 1923 Mitglied des ersten Militärdirektoriums war.

Aus den Erklärungen ist zu schliessen, dass sich die spanische Republik von Tag zu Tag mehr festigt.

SPD. Leipzig, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof hat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunke den Antrag der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die zur Änderung des Grundvermögenssteuer-Gesetzes erlassene Notver-

ordnung vom 30. Mai 1930 für verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen. Der Staatsgerichtshof hat sich im wesentlichen den von der preussischen Staatsregierung geltend gemachten Gesichtspunkten angeschlossen.

SPD. Lissabon, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der Kriegsminister erklärt zu dem Gerücht von einer Mobilisierung verschiedener Reservejahrgänge, dass in Wirklichkeit nur 2000 beurlaubte Soldaten zu ihren Regimentern zurückberufen worden sind, um die Lücken auszufüllen, die durch die Entsendung von Truppen nach Madeira entstanden sind. Der Minister gab jedoch zu, dass etwa 10 000 Mann an verschiedenen Punkten des Landes konzentriert seien, um für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen.

SPD. Paris, 25. April (Eig. Drahtb.)

Wie aus Barcelona gemeldet wird, wurden bei einer Haussuchung in der Wohnung des flüchtigen Vorsitzenden der reaktionären freien Gewerkschaft eine Kiste mit Explosivstoffen und wichtige Dokumente entdeckt, die einige hohe Persönlichkeiten der Diktatur schwer kompromittieren. In den Geschäftsräumen der freien Gewerkschaft wurden in einem Geldschrank u. a. 11 Revolver, 12 Revolvermagazine und 600 Patronen gefunden.

SPD. Der Vorstand der sozialistischen Partei Italiens erlässt zum ersten Mai einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen :

"Auch dieser erste Mai bricht herein, während die Schande und der Schaden der faschistischen Diktatur andauern, der Kapitalismus, Monarchie und Kirche vor zehn Jahren die Aufgabe zuwiesen, den Marsch des Proletariats zur Eroberung des Staates und zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie aufzuhalten. Daher werden in Italien keine Volksversammlungen das Fest der Arbeit feiern und die Arbeitermassen um die Forderungen der Internationale des Sozialismus und der Gewerkschaften scharen: für Koalitions- und Versammlungsrecht, für die Verteidigung der Löhne, für die fünftägige Arbeitswoche, für Abrüstung und Völkerfrieden.

Aber gerade weil die Arbeiter Italiens heute in Europa das am meisten bedrückte und am ruchlosesten ausgebeutete Proletariat sind, gerade, weil der Faschismus aus Italien ein grosses Gefängnis und ein unübersehbares Lager Arbeitsloser und Hungernder gemacht hat, müsst ihr in euch die Kraft finden, an dem internationalen ersten Mai teil zu nehmen, dem das faschistische Regime sein lächerliches Fest des 21. April entgegenstellt, zur Verherrlichung jenes Korporationssystems, das ihr seit fünf Jahren als Polizei- und Spitzelwirtschaft erlebt.

Arbeiter!

Tausende eurer Brüder sind in den Kerkern Mussolinis, denen ihr allein sie entreissen könnt. Hunderttausende unter euch schleppen ein elendes Leben hin, mit Hungerlöhnen, ohne Arbeitslosenunterstützung, unter einer Krise, die vor allem durch die Vergeudung, die Unterschleife und die verbrecherische Unfähigkeit des Faschismus entstanden ist und andauert. Man hat euch alle Rechte entzogen. Ihr habt keine Zeitungen, keine Gewerkschaften, kein Recht der Kritik. Und so wird es weiter bleiben, solange die Arbeiter sich nicht gegen das Sklaventum auflehnen, das ihnen der Faschismus zuweist, und nicht an die Lösung des wesentlichen Problems gehen, das im Faschismus vor die Arbeiterklasse tritt, und den revolutionären Kampf für die Eroberung der Republik der Arbeiter aufnehmen.

Hier liegt eure erste Aufgabe, italienische Arbeiter, und es wäre eine unverzeihliche Schuld, wenn ihr die Lösung von anderen erwartetet. Ihr müsst euch die Freiheit erobern und sie nicht als Geschenk von den privilegierten Klassen erwarten und auch nicht der Illusion leben, als könnte die Tätigkeit der Emigration sie euch ohne eure Mitwirkung verschaffen. Die in der antifaschistischen Konzentration zusammengefassten Emigranten halten im Ausland euren Namen und eure Fahnen hoch, geben der Welt die Schandtaten des Faschismus kund, aber sie ersehnen vor allem den Augenblick, an dem sie ihren Kampf neben euch wieder aufnehmen können. Sie können die Aktion im Lande ergänzen, aber nie sie ersetzen."

SPD. Warschau, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der polnische Gerichtshof in Konitz verurteilte einen gewissen Spinski wegen Spionage zugunsten Deutschlands zu fünf Jahren Zuchthaus. Die Verhandlungen fanden hinter geschlossenen Türen statt.

SPD. New York, 25. April (Eig. Drahtb.)

Das hier zwischen den organisierten englischen Zeitungsetzern und Druckerarbeitern und den Zeitungsverlegern zur Einführung der fünftägigen Arbeitswoche getroffene Abkommen wird am 1. Mai in Kraft treten. Damit ist die Fünftageweche die allgemeine Norm in den New Yorker Zeitungsverlagen geworden. Die einzige Ausnahme bilden die in einer Sondergruppe organisierten jüdischen Zeitungsetzer, für die die 6tägige Arbeitswoche mit einer täglichen Arbeitszeit von vier Stunden gilt. Die deutschen Zeitungsetzer und Drucker haben sich schon seit Jahren die fünftägige Arbeitswoche erkämpft.

Die Herabsetzung der Arbeitszeit bei den englischen Zeitungsetzern ist nur eine Folge der Verhältnisse auf dem New Yorker englischen Zeitungsmarkt. Durch das Eingehen zahlreicher Zeitungen haben Tausende Schriftsetzer ihre Arbeitsmöglichkeiten verloren und sind auf die Unterstützung ihrer arbeitenden Kollegen angewiesen. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hofft man, einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitslosen in die Betriebe unterbringen zu können.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Das Reichskabinett setzte am Sonnabend unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten die Verhandlungen über das vorgesehene Arbeitsprogramm fort. Zur Erörterung standen insbesondere die auf agrarpolitischen Gebiete zu treffenden Massnahmen. Es ergab sich dabei die Notwendigkeit, Einzelheiten noch zunächst in Besprechungen der in Frage kommenden Ministerien zu klären. Auf Grund dieser Ergebnisse werden die Beratungen des Kabinetts in der nächsten Woche weitergeführt werden."

SPD. Hamburg, 25. April (Eig. Drahtb.)

Im Hamburger Hitlerlager ist ein grosser Krach im Gange. Etwa 15 Prozent aller SA-Mitglieder haben Hitler bisher die Gefolgschaft gekündigt. Die sich um die SA-Führer Cnonn und Böhme gruppierenden Gegner Hitlers beabsichtigen - wie es heisst - bereits für die nächste Zeit grössere Aktionen gegen den Münchener Parteipapst.

SPD. Der Preussische Disziplinargerichtshof hat den Reichstagsabgeordneten und Regierungsinspektor Hasse von der Regierung in Stade wegen seiner Betätigung für die Nationalsozialistische Partei mit Dienstentlassung ohne Pension bestraft.

In der Urteilsbegründung heisst es u.a.: Wenn ein Beamter sich für eine Partei betätigt, welche den Umsturz der bestehenden Staatsordnung im Wege der Gewalt beabsichtigt, so verstösst er hierdurch gegen seine durch die Anstellung begründete Treuepflicht dem Staat gegenüber und begeht somit ein Dienstvergehen.

Das Gericht hat eingehend die Frage untersucht, ob die NSDAP den gewaltsamen Umsturz erstrebt und dabei den Eid Hitlers beim Ulmer Reichswehrprozess in Leipzig untersucht. Es heisst, dass der Eid Hitlers vor dem Reichsgericht kein Beweis für die Legalitätsbestrebungen der NSDAP sei, ebensowenig wie seinerzeit das Ehrenwort des Parteiführers einen Schutz gegen den Münchener Putsch vom Oktober 1923 gebildet habe. Wenn auch manche andere Führeräusserung aus agitatorischen Gründen besonders scharf gehalten sei, so müsse auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes festgestellt werden, dass die NSDAP zu gegebener Zeit die Errichtung einer völkischen Diktatur durch gewaltsamen Umsturz zu erreichen suche. Um den Boden für ihre Bestrebungen vorzubereiten, rufe die NSDAP in der Bevölkerung den Geist der Auflehnung oder der Neigung zu Gewalttätigkeiten hervor, führe die Partei den Kampf gegen die verfassungsmässig bestehende Staatsordnung in den erbittertsten Formen der Beschimpfung und Verleumdung.

Besonderen Wert legt der Disziplinarhof dem Organisationssystem der Nationalsozialisten zu. Dieses kenne keine passiven Mitglieder, sondern verlange satzungsgemäss von jedem Angehörigen "alle Parteiarbeit zu erledigen, die notwendig sei". An einer solchen Organisation könne aber ein Regierungsbeamter nicht teilnehmen.

Es liege jedenfalls ein Verstoss gegen das Preussische Disziplinalgesetz vor. Der Verstoss sei so schwerwiegend, dass der Beamte mit Dienstentlassung zu bestrafen sei, und es könne ihm auch nicht, wie dies in erster Instanz geschehen war, ein Teil seiner Pension belassen werden.

SPD. Frankfurt/M., 25. April (Eig. Dr.)

Der wegen Werkspionage bei der J.G. Farbenindustrie verhaftete Kommunist Dienstbach hat inzwischen gegenüber dem Untersuchungsrichter die Namen von annähernd 25 Personen genannt, die ihm Zuträgerdienste geleistet haben und von denen er Fabrikgeheimnisse erhalten hat, die er an den ebenfalls verhafteten Leiter der RGO, Abteilung Chemie, in Berlin weitergeleitet hat. Als der Untersuchungsrichter zur Verhaftung der von Dienstbach verratenen Komplizen schreiten wollte, wurde festgestellt, dass der grössere Teil dieser Zuträger flüchtig ist. Es sind hauptsächlich Arbeiter und Angestellte aus Höchst, Frankfurt, Köln und aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Warschau, 25. April (Eig. Drahtb.)

Im polnischen Sejm lehnte die Regierungsmehrheit am Sonnabend den von der Opposition gegen die Regierung und den Sejmmarschall eingebrachten Misstrauensantrag ab. Im Verlauf der Debatte über die Anträge wurde ein Kommunist gewaltsam aus dem Saale entfernt.

SPD. Kopenhagen, 25. April (Eig. Drahtb.)

Der dänische Reichstag nahm am Sonnabend mit 87 Stimmen der Sozialdemokraten, Radikalen und Bauernlinken gegen 20 Stimmen der Konservativen ein Gesetz zur Bekämpfung unberechtigter Preisabmachungen an. Der Reichstag vertagte sich dann. Er wird nach seinen bisherigen Dispositionen erst Ende Oktober wieder zusammentreten, falls in der Zwischenzeit unvorhergesehene Ereignisse nicht eintreten sollten.

SPD. Köln, 25. April (Eig. Drahtb.)

Ein Beamter einer bekannten Kölner Lebensversicherungs-Gesellschaft, dem fast zwei Jahrzehnte lang die Einstellung und Entlassung von Personal sowie die Gehaltsauszahlung unterstanden, hat sich Unterschlagungen in Höhe von 80 000 Mark zuschulden kommen lassen. Die Ursache dieser Verfehlungen ist insbesondere in der Wettleidenschaft des Angestellten zu suchen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die Rache der Unterwelt.

Herbert Soppa und die 12 Verbrecher - Reportage vom "Schlesischen Bahnhof".

SPD. Der "Schlesische Bahnhof" - das ist in Berlin schon ein Begriff geworden. Zu viel jener typischen Unterweltsprügeleien und Reibereien, wie sie an sich eine der scheinbar unvermeidlichen Besonderheiten jener Weltstadt bilden, spielen sich hier ab. Es ist, als ob der unfreundliche Bahnhof, der wichtigste für den deutschen Osten, eine magische Kraft für die asozialen Mitglieder der Gesellschaft sässe. In letzter Zeit machte sich das Verbrechertum dieser Gegend - es ist dieselbe, in der einst der Massenmörder Grossmann sein unheilvolles Wesen trieb - besonders oft bemerkbar.

Da ist beispielsweise der Fall des 21jährigen Schlossers Herbert Soppa. Herbert Soppa wurde von einer Bande von 12 Mitgliedern eines Berliner Unterweltsvereins überfallen und bedroht. Er konnte sein Leben nur mit vorgehaltenem Revolver und durch Abgabe von Warnungsschüssen retten.

Die Ringvereine und die Anderen.

Familie Soppa bewohnt ein Zimmer mit Küche. Die Mutter hat es nicht leicht; ihr Mann ist im Krieg gefallen, der jüngere Sohn noch Lehrling im Tempelhofer Flughafen, der ältere, Herbert, kann als Schlosser keine Arbeit finden.

Herbert Soppa ist selbst nie in einem jener Vereine gewesen, die das Pflaster um den Schlesischen Bahnhof so unsicher machen. Er will mit diesen Leuten nichts zu tun haben. "Die Ringvereine", so erzählt er uns, "sind aber gewiss noch nicht die schlimmsten. Die sorgen doch für Ordnung und Disziplin unter ihren Leuten; es sind fast ausschliesslich berufstätige Menschen, Kellner, Schlepper, Rausschmeisser, aber auch Unternehmer und Geschäftsführer. Es sind eingetragene Vereine, straff organisiert, die berufsmässige Verbrecher nicht unter sich dulden; und wenn mal ein "Klamauk" vorkommt, so ziehen sie oft genug ihre eigenen Mitglieder zur Verantwortung. Ganz anderen Charakter aber haben die sogenannten "wilden Vereine". Hier gibt es vor allem zwei von ihnen, "Hand in Hand" und "Felsenfest"; es sind richtige Verbrechervereine. Keiner ist unter ihren Mitgliedern, der jemals gearbeitet hat, keiner, der noch nicht sitzen musste. "Hand in Hand" ist ungefähr 40 Mann stark, alles jüngere Leute zwischen 25 und 35 Jahren. Dem Beruf nach sind sie Zuhälter, Einbrecher und Diebe. Zweck des Vereins ist gegenseitiger Schutz, gemeinsame Ausführung von Verbrechen, Hehlerei, Unterstützung nach der Entlassung aus dem Gefängnis. Man nennt diese Leute "Rabenjungen", weil sie nirgends fest ansässig sind und ihr Standort ständig wechseln. Während die Ringvereine auch der harmlosen Geselligkeit dienen, schliessen sich die Rabenjungen nur zu verbrecherischen Zwecken zusammen. Sie halten die ganze Gegend hier in Schach. Kein Wirt ist davor sicher, eine grosse Zeche bei ihnen einzubüssen, denn wenn sie schlecht aufgelegt sind, dann zahlen sie oft garnicht und der Wirt bekommt obendrein noch Prügel, wenn er sein Geld fordert; sein Mobiliar wird zer schlagen, seine Fenster werden zertrümmert. Wehe, wenn er der Polizei Anzeige erstattet - dann ist er seines Lebens nicht mehr sicher."

Kleiner Kriegsbericht.

"Auch ich hatte das Pech, bei diesen Herren in Ungnade zu fallen", berichtet Herbert Soppa weiter, "da mein Freund, der früher Mitglied von "Hand in Hand" war, aus diesem Verein austrat. Deswegen gab es zwischen ihm und dem

Vereinsvorstand vor ein paar Wochen eine Keilerei. Der Vorstand hetzte seine ganzen Leute auf ihn, aber mein Freund liess sich nicht kriegen, und wenn es zu brenzlich für ihn wurde, kam er zu mir und suchte hier Schutz. So kam es, dass sich die Wut der Vereinsbrüder auch auf mich richtete. Wochenlang zogen sie in der Gegend umher, um uns beide zu fangen; sie kriegten uns nicht. Da kamen sie nun zwölf Mann hoch vorgestern nachmittag ins Haus gezogen, am helllichten Tag, um fünf Uhr. Sie polterten an die Tür, sie öffneten sie mit Gewalt. Zum Glück hatte ich einen Revolver bei mir; ich gab einen Schreckschuss ab und rief, dass ich jeden über den Haufen knallen würde, der näher kommen wolle. Da rissen alle zwölf aus, ich aber hatte mich am Fenster postiert und zielte mit dem Revolver auf die Haustür, so dass keiner heraus konnte. Inzwischen hatte meine Mutter die Nachbarn aufmerksam gemacht, das Heberfallkommando rückte an und nahm acht Mann fest, die im Treppenhaus gefangen waren wie der Fuchs in der Falle. Vier sind allerdings über die Dächer entkommen. Die anderen aber sitzen und werden so bald nicht herauskommen - Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Bedrohung, das kostet mindestens ein halbes Jahr bei diesen vorbestraften Leuten".

"Höhere Gewalt".

Herbert Soppa hat keine Angst vor der Rache der Unterwelt, die ihm sicher bevorsteht, wenn die "Hand in Hand"-Leute wieder in Freiheit sind. Seine Mutter aber hat keine Lust, ihren Sohn eines Tages blutend und mit zerschlagenen Knochen vorzufinden, wie es oft genug anderen ergangen ist, die sich den Rabenjungen widersetzt haben. Sie wird die Polizei bitten, ihrem Sohn Arbeit zu beschaffen ausserhalb Berlins, so weit weg wie möglich vom Schlesischen Viertel, in dem - hoffentlich nicht mehr lange - die Mächte der Unterwelt stärker sind als die des Staates.

Der "Angriff" verurteilt. Am Sonnabend klagten vor dem Berliner Arbeitsgericht sechs Angestellte des "Angriff" auf Zahlung des Gehalts für drei Monate, da sie anlässlich der Auseinandersetzung mit Stennes fristlos entlassen worden waren. Dem Antrag der Kläger entsprechend erliess das Gericht Versäumnisurteil gegen den beklagten Geschäftsführer Hinkels, der sich durch ein ärztliches Attest entschuldigen liess und zur Stellung eines Vertreters angeblich nicht in der Lage war. Es wurde den Klägern Entschädigung in Höhe eines Monatsgehaltens zugesprochen. Während der Verhandlung stellte sich heraus, dass die Klagenden gar keinen regulären Angestelltenvertrag hatten. Die Erbitterung gegen die Arbeitgeber vom "Angriff" machte sich in lebhaften Worten Luft. So sagte einer der Kläger: "Der Traum ist aus. Hitler hat kein Geld für uns. Wenn wir nichts kriegen, müssen wir eben die Broncetafeln vom Angriff-Verlag pflanzen lassen!" Ferner erzählte ein Botenmeister, der im Hause der "Angriffs"-Redaktion wohnte, wie seine Frau nachts um 3 Uhr von den Hitlerleuten aus dem Hause geworfen worden sei.

Auch eine Verbotsbegründung. Der Gouverneur der chinesischen Provinz Kunnan, General Ho Tschien, verbot auf seinem Hoheitsgebiet das in der ganzen englischen Welt beliebte Kinderbuch "Alice im Wunderland", weil die Kinder durch die Lektüre des Buches, in dem sich Löwen und Bären der menschlichen Sprache bedienen, verführt werden könnten, Menschen und Tiere gleich hoch einzuschätzen.

40 Hunde verbrannt. In den Welwire Kennels in Shrewsbury (USA) verbrannten bei einem Feuer 40 prämierte wertvolle Hunde.

Krebsbehandlung mit Knoblauch. In Frankfurt/Main wurde der pensionierte Eisenbahnassistent Haas wegen fahrlässiger Tötung in der Berufungsinstanz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Haas übte seit Jahren in Frankfurt die Heilkunde aus. Im Jahre 1929 konsultierte ihn eine Frau aus Unterliederbach, die über eine Geschwulst an der Brust klagte. Haas glaubte an eine Krebsgeschwulst

und verordnete Umschläge aus einem Gemisch von Krebsemehl und Knoblauch. Von einem operativen Eingriff riet er ausdrücklich ab. Die Geschwulst wurde immer gefährlicher, und als die Kranke zu einem Mediziner ging, war es bereits zu spät. Trotz sofortiger Operation verstarb die Frau 14 Tage später im Krankenhaus. Als nun die Sache vor Gericht kam, entspann sich ein interessanter Ärztestreit. Der Homöopath Dr. Bruch (Regensburg) vertrat den Standpunkt, dass bei weiblichem Brustkrebs von einer Operation abzuraten sei, weil meist durch die Ausräumung der Drüsen der Achselhöhle und durch die Entfernung der Brustmuskeln der Arm gebrauchsunfähig würde. Dr. Hennes (Köln) führte an, im Rheinland habe man zur erfolgreichen Behandlung von Krebsleiden für etwa 15 Millionen Mark Radium gekauft. Daraus sei der Schluss zu ziehen, dass man von der Krebsbehandlung auf operativem Wege immer mehr abrücke. Auch Medizinalrat Professor Dr. Külz (Hamburg) und der Naturheilkundige Bergmann (Hamburg) erklärten, dass man dem Angeklagten keinen Vorwurf machen könne, wenn er von einer aussichtslosen Operation abriet. Aber im Gegensatz zu diesen Gutachtern stellte der Homöopath Dr. Strohmeyer (Frankfurt) fest, dass bisher gute Erfolge bei der Krebsbehandlung nur durch Operationen erzielt wurden. Haas hätte die Kranke unbedingt zum Chirurgen schicken müssen. Dr. Henrichsen (Höchst am Main) bekundete, dass eine Operation notwendig war, um die Verjauchung einzelner Körperteile zu verhindern. Als letzter Gutachter äusserte sich Dr. Floerken, Chefarzt der chirurgischen Klinik des Frankfurter Marien-Krankenhauses, dass operative Krebsbehandlung im Frühstadium in 80 Prozent der Fälle zur Dauerheilung führt. Auch im Spätstadium hatten Operationen Erfolg. Die Strafkammer schloss sich der letzten Gutachtergruppe an, stellte fest, dass der Angeklagte die Pflicht hatte, die Frau rechtzeitig zum Chirurgen zu schicken und bestätigte das erste Urteil des Schöffengerichts durch gleichlautenden Spruch.

+ + +

Streit um eine Millionenerbschaft. Vor dem dritten Senat des Berliner Kammergerichts begann am Sonnabend der berühmte Erbschaftsprozess Loeske in der zweiten Instanz. Der Juwelier Albert Loeske, der am 1. Oktober 1929 gestorben war, hatte sein gesamtes Vermögen an seine Freundin, Frau Rosa Blaustein, an seinen Sozius und seinen Geschäftsführer vererbt. Ausdrücklich war festgestellt, dass die Verwandten des Verstorbenen nichts erhalten sollten. Diese Verwandten behaupteten nun, dass das Testament gefälscht sei und klagten auf Feststellung seiner Nichtigkeit. In der ersten Instanz wies das Landgericht die Klage mit der Begründung zurück, dass die Echtheit des Testaments erwiesen und sein Inhalt nicht sittenwidrig sei.

+ + +

Zeppelin über der Zugspitze. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" wird während seiner zweiten Alpenfahrt am 5. Mai erstmalig den Gipfel der Zugspitze bei Garmisch überfliegen.

+ + +

Verurteilter Verleumder. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde am Sonnabend der Redakteur Piclun von der nationalsozialistischen "Westfalenwacht" in Bochum wegen übler Nachrede zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der nicht anwesende Angeklagte hatte vor geraumer Zeit in seinem Blättchen behauptet, dass der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, in seiner früheren Eigenschaft als Kassierer der Tapezierer-Gewerkschaft Arbeitergelder unterschlagen habe und nur mit Mühe und Not ein grosser Skandal hätte vermieden werden können. Die Gerichtsverhandlung ergab die vollkommene Sinn- und Haltlosigkeit dieser Behauptung. Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Becker, der den Angeklagten verteidigte, wollte einen Vergleichsvorschlag zur Durchführung bringen, sich jedoch hierfür die Einwilligung seines Mandanten vorbehalten. R. A. Otto Landsberg, der Rechtsbeistand des Klägers, bestand jedoch auf ein Urteil.

Die Getreidemärkte.

(Zollermässigung dringend geboten.)

SPD. Durch die deutsche Getreidepolitik sind unsere Getreidemärkte völlig vom Ausland isoliert worden. Daraus erklärt sich zuguterletzt, dass der deutsche Weizenpreis mehr als doppelt so hoch ist als der Preis für ausländisches Getreide im Hamburger Freihafen. So wirken sich die Folgen eines durch Beimahlungszwang unterstützten Weizenzolls aus, der 250 Mark pro Tonne beträgt, während der Weizen in Berlin mit 290 Mark notiert wird.

Die Dinge sind nun bei uns so weit gediehen, dass die deutschen Getreidebestände ziemlich verbraucht sind und eine Einfuhr von ausländischem Getreide unbedingt notwendig wird. In Frage kommt u.a. eine Einfuhr von 600 000 bis 700 000 Tonnen Weizen. Dadurch gewinnt der Auslandsgetreidemarkt wieder für uns grösseres Interesse. Der Markt nimmt auf den grossen Rohstoffmärkten gewissermassen eine Ausnahmestellung ein. Während auf den anderen Märkten die Stimmung recht gedrückt ist und die Umsätze auf ein sehr bescheidenes Mass zusammengeschrumpft sind, hat sich das Geschäft auf den ausländischen Getreidemärkten zeitweilig sehr lebhaft gestaltet. Die Preise konnten sich auch durchweg etwas erholen. Auf den ersten Blick könnte man davon sprechen, dass der Weltgetreidemarkt die Depressionen überwunden habe. Aber es handelt sich bei dem besseren Geschäft nur um eine Ausnahme, die sich daraus erklärt, dass die europäischen Zuschussgebiete nach vielen Monaten jetzt wieder zum ersten Mal kaufen. Das musste einen Markt beeinflussen, auf dem die Käufer lange Zeit gestreikt hatten. Daraus erklärt sich auch die Befestigung in der letzten Zeit. Aber darin kommt nicht die wirkliche Lage zum Ausdruck. Wenn die aussergewöhnliche, besonders dringliche Nachfrage der letzten Zeit, die sich vor allem auf sofort lieferbare Ware erstreckt, befriedigt ist, wird der Getreidemarkt wieder ganz anders aussehen. Wie gross die Unsicherheit in Wirklichkeit ist, geht aus folgendem hervor: Aus der nordamerikanischen Union kam vor einigen Tagen die Nachricht, dass das Farmamt seinen Weizenbesitz zu ermässigten Preisen auf den Markt werfen wolle. Dass das nordamerikanische Farmamt, die Stützungsstelle in der nordamerikanischen Union, diesen Wunsch hat, ist schon begreiflich; denn es fehlt in Amerika tatsächlich an Lagerräumen für die neue Weizenernte. Andererseits besitzt das Farmamt Bestände in Höhe von 7,5 Millionen Tonnen. Wer soll diese Mengen aufnehmen? Die Nachricht wurde dann auch prompt dementiert. Aber in den knapp 24 Stunden, die zwischen der Nachricht und dem Dementi lagen, sind die europäischen Märkte scharf verflaut. Von diesen Wirkungen wurde auch der amerikanische Markt nicht verschont. Dazu hat sich herausgestellt, dass die Projekte, den überschüssigen nordamerikanischen Weizen in China unterzubringen, schwer, so gut wie gar nicht zu verwirklichen sind. Auch hier liegt die Hauptfrage vor, wer diese Mengen eigentlich bezahlen soll.

Andererseits lauten die Nachrichten über den Saatenstand nicht unbefriedigend. In den Ländern der nördlichen Halbkugel wird er als günstig bezeichnet. Auch in Europa lauten die Schätzungen im allgemeinen günstig. Das gilt auch für Deutschland. Andererseits muss man bedenken, dass man es diesmal mit einem äusserst verspäteten Frühjahr zu tun hat. Das muss die deutsche Getreideeinfuhrpolitik selbstverständlich stark beeinflussen. Ueber die Auswirkungen der deutschen Zollpolitik unterrichtet folgende Zusammenstellung :

Mitte September 1930

Ende April 1931

Weizen in Berlin pro Tonne in Mark	235	290
Roggen " " " " " "	187	198
Weizen (Manitoba) Hamburger Freihafen unverzollt in Mark pro Tonne	153	128

Das Angebot von Roggen und Weizen an der Berliner Börse ist äusserst knapp. An vielen Tagen kann man überhaupt kaum von Angebot sprechen. Die Verkäufer halten mit den an sich knappen Vorräten zurück, um noch bessere Preise abzuwarten. Nur die Befürchtung, dass eine Zollermässigung in Kraft tritt, bewegt an manchen Tagen zu einem grösseren Angebot. Dann gehen die Preise um etwa 1 oder 2 Mark pro Tonne zurück. Im Grunde genommen geht aber die Preisentwicklung nach aufwärts und die ganze Situation muss zu einer Katastrophe führen, wenn die Zollermässigung nicht bald in Kraft tritt.

Der Reichslandbund ist bei der Regierung vorstellig geworden und hat vor Ermässigung des Getreidezolls gewarnt. Die Weizenzollermässigung müsse den Weizenpreis in Deutschland ruinieren und die Umstellung vom Roggenbau auf den Weizenbau hindern. Das ist ausgemachter Unsinn. Wenn Deutschland die Getreidezölle erniedrigt, wird es selbstverständlich die Einfuhr nicht auf jeden Fall freigeben. Es wird den Getreidespekulanten nicht gestatten, die Getreidenot in bare Gewinne auszumünzen. Es kommt selbstverständlich nur eine Kontingentierung der Einfuhr in Frage, die bei der öffentlichen Hand liegen muss. Damit sind wohl die Einwendungen des Reichslandbundes gegen die Getreidezollermässigung abgetan. Wir hoffen, dass sich die Regierung durch derartige Vorstellungen nicht beirren lässt, das zu tun, was angesichts der bedrohten Ernährungslage getan werden muss.

SPD. Der Reichsbankausweis für die dritte Aprilwoche weist eine starke Entlastung nach. Die gesamte Beanspruchung des Reichsbankkredits hat sich weiter, um 106,3 Millionen Mark auf 1 695,7 Millionen Mark, verringert. Die Bestände an Wechseln und Schecks nahmen um 94,6 Millionen Mark auf 1 456,2 Millionen Mark ab. Bei den Devisen- und Goldbeständen ist eine Erhöhung um 20,6 Millionen Mark auf 2 479,6 Millionen Mark eingetreten und zwar erhöhten sich die Goldbestände um 2,7 Millionen Mark auf 2 347,5 Millionen Mark und die Bestände an Deckungsdevisen um 17,9 Millionen Mark auf 132,1 Millionen Mark.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 60,5 % in der Vorwoche auf 63,7 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,5% auf 67,3 %.

SPD. Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung mit der wirtschaftlichen Lage und betonten, dass die Erfolge der Reichsregierung in der Durchführung ihres Programms vom September 1930 nicht verkannt werden könnten. Da aber in vielen Industriezweigen während der letzten Wochen eine Verschlechterung der Lage eingetreten sei, müsse eine Beschleunigung der Reform gefordert werden, wenn von ihr noch eine rechtzeitige Wirkung erhofft werden soll. Weiter beschäftigte man sich mit der Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion. Dabei wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, dass die Industrie sich zur positiven Mitarbeit an den Verhandlungen über den Abschluss einer deutsch-österreichischen Zollunion zur Verfügung stelle. Die Industrie erwarte aber von der Reichsregierung, dass sie ihre gesamte Zoll- und Handelspolitik in den durch den Vorvertrag über die deutsch-österreichische Zollunion gegebenen grossen und grundsätzlichen Richtlinien einordnet. Der Reichsverband richte an die Reichsregierung die Bitte, den einzelnen Industrien zur Äusserung und zur Stellung von Anträgen rechtzeitig Gelegenheit zu geben.

Hinsichtlich der dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Anträge über einen Verwendungszwang für deutsche Rohstoffe (Flachs, Kasein, Hafer usw.) wurde gesagt, dass sich der Reichsverband erneut veranlasst sehe, auf die schweren grundsätzlichen Bedenken hinzuweisen, die mit dem Verwendungszwang verbunden sind.

SPD. Die Bilanzen der Schwachstromindustrie lassen deutlich erkennen, dass die Unternehmer die Entwicklung im letzten Jahr ganz bewusst schwarz in schwarz gemalt haben. So zeigt der Abschluss der Mix & Genest A.-G., Berlin, die das stärkste Betriebsunternehmen des von der AEG. und der amerikanischen International Telephone Company begründeten Standard Elektrizitätskonzern ist, dass sich die Umsätze in der Krise verhältnismässig gut behauptet haben.

So ist der Gesamtumsatz bei Mix & Genest im Jahre 1930 nur um 10% zurückgegangen, wobei zu berücksichtigen ist, dass das Vorjahr mit 23 Millionen Mark Umsatz einen Rekord in der 50jährigen Geschichte des Unternehmens darstellte. Der im letzten Jahr erzielte Umsatz von 20,7 Millionen, der im wesentlichen auf die Preissenkung im Schwachstromgeschäft zurückzuführen ist, liegt noch über dem Stand von 1928, das im allgemeinen für die Elektrizitätsindustrie ein gutes Konjunkturjahr war. Aus dem Reingewinn von 1,08 gegen 1,4 Millionen Mark wird eine Dividende von 6 gegen 8 % auf das Kapital von 16 Millionen Mark gezahlt. - Der Auftragsbestand bei Beginn des neuen Geschäftsjahres hielt sich auf dem Stande des Vorjahres, wenn sich auch das Reichspostgeschäft verschlechtert hat. Diese Verschlechterung im Geschäft mit der Reichspost scheint aber unserer Kenntnis nach nicht so sehr in einer Drosselung der Aufträge zu bestehen, sondern vielmehr darin, dass die Reichspost völlig berechtigt eine weitere Senkung der Preise fordert.

SPD. Die Bankbilanzen für Ende März zeigen eine stärkere Entlastung und geben besonders das im März einsetzende grössere Angebot von Auslandsgeld wieder. Die Kreditoren sind bei den sechs Berliner Grossbanken von Ende Februar bis Ende März von 10,729 Milliarden auf 10,778 Milliarden Mark gestiegen. Bei den 87 erfassten deutschen Kreditbanken liegt eine Steigerung von 13,204 auf 13,261 Milliarden vor. Man muss dabei immer berücksichtigen, dass gerade Ende März wohl grössere Valutaforderungen von den Banken erfüllt werden mussten. Der Ueberschuss ist also immerhin beachtenswert. Bemerkenswert ist, dass an der Steigerung der Kreditoren bei den 6 Berliner Grossbanken nicht weniger als 20 Millionen Mark auf die Reichskreditbank entfallen. Die Akzente sind zurückgegangen. Einen scharfen Rückgang haben die Warenvorschüsse erlitten und zwar liegt bei den Berliner Banken ein Absinken von 2,005 Milliarden auf 1,771 Milliarden vor. Das ist die Folge der eingeschränkten Wareneinfuhr im ersten Vierteljahr 1931. Die Debitoren sind bei den Berliner Grossbanken unwesentlich zurückgegangen und zwar von 5,896 Millionen Ende Februar auf 5,890 Millionen Ende März. Ein stärkerer Rückgang, von insgesamt 30 Millionen, ist bei der Deutschen Bank=Disconto, der Dresdner und der Danat nachzuweisen. Dagegen zeigen die Debitoren bei der Reichskredit und bei der Handelsgesellschaft eine Erhöhung, ein Zeichen dafür, dass zumindestens die Reichskreditbank die von den Privatbanken verfolgte Tendenz der Kreditdrosselung nicht übernommen hat.

Unsicherheit und schlechtes Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 25.4.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich am Sonnabend für beide Brotgetreidearten leichte Preisabschwächungen, die sich beim Weizen auf ca. 1, beim Roggen auf $\frac{1}{2}$ Mark beliefen. Hier wie auch im Handel mit effektiver Ware blieb die Umsatztätigkeit weiter sehr eingeschränkt, weil die Unsicherheit über die Beschlüsse der Reichsregierung jegliche Unternehmungslust verhindert. Weizen in prompter Ware war reichlicher angeboten, stiess jedoch auf keine Kauflust, zumal auch das Weizenmehlgeschäft vollkommen ins Stocken geraten ist. Dagegen konnte das geringfügige Angebot an prompten Roggen zu unveränderten Preisen untergebracht werden. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Das Geschäft in Weizenmehl blieb, wie schon erwähnt, vollkommen leblos. Auch in Roggenmehl kamen nur wenig Geschäfte zustande. In Hafer lag einiges Angebot vor, es wurden letzte Preise erzielt.

	24. April	25. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	287 - 289	287 - 289
Roggen	196 - 198	196 - 198
Futter- und Industrieroggen	230 - 244	230 - 244
Hafer	186 - 190	186 - 190
Weizenmehl	34,50 - 40,50	34,50 - 40,50
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,00 - 29,25
Weizenkleie	14,00 - 14,24	14,00 - 14,25
Roggenkleie	14,50 - 14,75	14,00 - 14,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301 und Brief (Vortag 302), Juli 298 (299), September 251 $\frac{1}{2}$ - 251 (252 $\frac{1}{4}$), Roggen Mai 206 - 205 (206 $\frac{1}{2}$) Juli 201-200 $\frac{1}{2}$ (201 $\frac{1}{2}$), September 189-188 $\frac{1}{2}$ plus Brief (189 $\frac{1}{2}$). Hafer Mai 195 $\frac{1}{2}$ - 194 $\frac{3}{4}$ Brief (196 $\frac{1}{4}$), Juli 201-200 $\frac{3}{4}$ (202), September 180-179 Brief (-).

SPD. In Dresden fanden in der verfloffenen Woche Verhandlungen in der Elbschiffahrt statt. Nachdem bereits vor einigen Tagen in Berlin eine Einigung über die Frachten im Bergverkehr zustande gekommen ist, sind die Verhandlungen in Dresden mit dem Ziel fortgesetzt worden, auch eine Einigung über den Talverkehr in Sachsen und Böhmen herbeizuführen. Es besteht Aussicht, dass eine endgültige Regelung erreicht wird. Die bisherigen Verhandlungen haben bereits zu einer Verständigung über die Einhaltung von Mindestfrachten geführt.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 25. April: I. 125 Mark, II. 117 Mark, III. 103 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert).

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Largo Caballero.

"Vorwärts, keine Angst!"

SPD. Der neue spanische Arbeitsminister, Largo Caballero, ist einer der markantesten Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung. An dem Umschwung in Spanien hat er hervorragenden Anteil. Bei den Ereignissen der letzten stürmischen Wochen und Monate hat sich seine starke Persönlichkeit in ihrer ganzen Grösse gezeigt. Die Männer, die mit ihm die Gefängnishaft teilten, sind voller Bewunderung über sein organisatorisches und staatsmännisches Können.

Largo Caballero hat ein Leben voll Kampf hinter sich. Er wurde am 15. August 1859 in Madrid geboren. Schon sein Vater war ein Mann mit politischen Interessen; er nahm an der politischen Bewegung der vierziger und sechziger Jahre und ihren Aufständen aktiv teil. Nach dem Tode des Vaters zog die Mutter mit ihrer Herrschaft nach Granada, und der Junge wurde zu einer fremden Familie in Pflege gegeben. Schulerziehung genoss er nur wenig und zwar, wie es damals in Spanien üblich war, durch Geistliche und Mönche. Mit 8 Jahren musste der Junge bereits sein Brot fast allein verdienen. Zum Lernen blieb nicht mehr viel Zeit übrig, und alles, was Caballero im Laufe der Jahre später an Kenntnissen sich aneignete, war allein sein Werk. Largo Caballero ist Autodidakt. Er arbeitete zunächst als Lehrling in einer Kartonfabrik, wo er 2 Reales (50 Centimos) pro Woche verdiente. Als man ihn einmal in falscher Münze auszahlte, reklamierte er. Da sein Protest nicht fruchtete, verliess er die Arbeitsstelle und trat in eine Seilerwerkstatt ein. Hier war die Arbeit erst recht kein Honiglecken. Wegen schlechter Behandlung verliess er auch diese Arbeitsstelle, und kaum 9 Jahre alt, blieb er brotlos. Morgen für Morgen zog er aus, um Arbeit zu suchen. Schliesslich kam er in einem Stuckaturbetrieb an, und hier arbeitete er 10 Jahre lang bei dem neuen Meister.

Zur sozialistischen Partei kam Caballero am 9. März 1894. Zur Gewerkschaft gehörte er bereits seit 1890. Mehrere Jahre war er Vorsitzender und Schriftführer des Arbeiterverbandes. Er war auch Mitbegründer und Vorsitzender der Arbeiterselbsthilfe. Eine zeitlang versah er zu gleicher Zeit 13 verschiedene Posten - alle unentgeltlich.

Mit eisernem Fleiss vertiefte sich Caballero in die Ideenwelt der Sozialreform, und die spanischen organisierten Arbeiter erwählten ihn deshalb im Jahre 1904 zum Beisitzer in dem Instituto de Reformas Sociales, dem er vom Beginn der Gründung bereits angehört hatte. Caballero war einer der eifrigsten Mitarbeiter des Instituts, das später von der Diktatur aufgelöst wurde. So nahm er an sämtlichen Zusammenkünften des Instituts teil, die der Ausarbeitung einer Arbeitsgesetzgebung galten. Als Beisitzer des Instituts schlug er eine Eindämmung des Alkoholismus und die Abschaffung des Stiergefechts vor. Im Jahre 1904 wurde er Stadtrat. Später zog er als Abgeordneter in das Parlament ein. Ebenso wurde er Mitglied des Staatsrates. Seit dem Bestehen der Union General de Trabajadores nahm Caballero an allen ihren Kongressen teil, und stets erschien er als Delegierter auf den internationalen Arbeiterkongressen.

Largo Caballero ist heute durch seinen strengen und rechtlich denkenden Charakter einer der beliebtesten, aber auch einer der umstrittensten Männer der spanischen Arbeiterbewegung. Seine Charakterfestigkeit wurde nicht zuletzt durch häufige Gefängnishaft erprobt und gestählt. Im Jahre 1909 wurde er zum

ersten Male in Haft genommen. Man schaffte ihn mit hohem Fieber auf einer Tragbahre ins Gefängnis. Dort erkrankte er an Typhus. Als er schliesslich entlassen wurde, war er noch immer schwer krank und mit Hilfe der Freunde musste er nach Hause transportiert werden. Im Jahre 1911 - kurz nach seiner Verheiratung - musste er abermals ins Gefängnis wandern. Eine neue Haft folgte im Jahre 1916 in Barcelona, wo man ihn nur entliess, damit er in Madrid im Eisenbahnerstreik interveniere. Im Jahre 1917 musste er für zwei Monate ins Militärgefängnis, woran sich ein Monat Zivil-Gefängnis in Madrid und 6 Monate Festung in Cartagena anschliessen.

Mit dem Führer des Sozialismus, mit Pablo Iglesias, zu dessen Grab dieser Tage die spanischen Arbeiter in einem wuchtigen Demonstrationszug pilgerten, um ihm, dem grossen Vorkämpfer, zu danken, war Largo Caballero durch Freundschaft und Kampfgenossenschaft aufs engste verbunden. Er kannte wie kein anderer die innersten Gedanken von Pablo Iglesias, mit dem er mehrere Jahre zusammenlebte. Beide verstanden sich, beide wirkten und kämpften für den Arbeiteraufstieg in einem Land, wo der Weltbewegung des Proletariats schier unübersteigliche Hindernisse im Weg standen. Bei aller Geistes- und Kampfgenossenschaft war und blieb Caballero jedoch ein durchaus selbständiger Kopf. Er blieb seiner eigenen Ueberzeugung treu, auch wenn er darob zu Iglesias im Gegensatz geriet. Ein solcher Gegensatz trat vor allem während des Weltkrieges in Erscheinung. Iglesias war Anhänger der Alliierten, während Caballero den Krieg verwarf.

Caballero lernte Iglesias vor vielen Jahren gelegentlich der Gründung des Stuckateurarbeiterverbandes kennen. Als damals Caballero zum ersten Mal öffentlich sprechen sollte, ermunterte ihn Iglesias mit den Worten: "Vorwärts, keine Angst!" Und es ging vorwärts mit der spanischen Arbeiterbewegung.

SPD. Die Sozialreaktion rüstet zum Sturm auf die Sozialrenten. Ihre Presse spricht bereits davon, dass in Kürze zur "Rettung" der sozialen Versicherungsanstalten ein Dutzend Notverordnungen herauskomme, und sie rechnet damit, dass der Widerstand der Gewerkschaften in der Sozialdemokratie gegen einen allgemeinen Sozialabbau zu einer kritischen Zuspitzung der politischen Lage führt. 30% Rentenkürzung - das ist die Parole der Leute, die allem Anschein nach nicht schlafen können, weil die Welle des Radikalismus in Deutschland in der jüngsten Zeit sichtlich an Wucht eingebüsst hat. 30% Rentenkürzung! Irgendwelche Sorgen über die Folgen einer solchen Kürzung machen sich die Herrschaften nicht. Dabei gehört gar nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was bei einem solchen Rentenabbau passieren muss. Ein sehr beachtlicher Teil der Sozialrentner bezieht heute noch Fürsorgeunterstützung, weil er keinerlei sonstige Einnahmen oder Hilfe aus Arbeitsverdienst oder Familienunterstützung und dergleichen hat. Was soll mit diesen Leuten geschehen, wenn ihre Renten um 30% gekürzt werden? Sie sind, wenn sie nicht verhungern wollen, gezwungen, die Wohlfahrt der Gemeinden um Hilfe anzufragen. Die Gemeinden aber stecken bereits im Defizit. Auch verlangt man von den Gemeinden, dass sie, wenn irgend möglich, etwas zur Belebung des Arbeitsmarktes, vor allem des Baumarktes, tun sollen. Mit einem sinn- und hemmungslosen Sozialabbau kann also nur scheinbar "gespart" werden, in Wirklichkeit werden nur an anderen Stellen neue Defizitlöcher aufgerissen.

Ein allgemeiner schematischer Rentenabbau ist ein Verbrechen. Wir haben bestimmt nichts gegen das Sparen, und es wird auch gewiss manche Rente und Unterstützung bezahlt, die nicht unbedingt notwendig wäre. Allein dort, wo die Rente tatsächlich der letzte Stützpunkt einer Existenz darstellt, muss man durch einen Abbau um fast ein Drittel der Bezüge die Menschen zur Verzweiflung treiben. In einer Zeit, wo der Brotpreis steigt, wo der Lohn- und Gehaltsabbau immer noch nicht zum Stillstand gekommen ist und wo damit in unzähligen

Fällen die Unterstützungsmöglichkeit für die alten und kranken Leute immer geringer wird, aus der Sozialversicherung weniger als ein Armenhaus machen zu wollen, ist ein sehr gefährliches Unterfangen.

SPD. Die österreichische Regierung hat sich entschlossen, die viel kritisierten Sozialreformvorlagen vorläufig nicht im Parlament einzubringen. Sie will in der Sommertagung nur einen Entwurf zur Reform der Arbeitslosenversicherung vorlegen.-

In Oesterreich ist also einstweilen das Scheusal der Sozialabbauvorlage in die Wolfsschlucht gewandert. Auch in Deutschland dürfen sich die Sozialabbau-Fanatiker auf sehr energischen Widerstand gefasst machen.

SPD. Der Reichslandbund hat nicht nur weitere Zollerhöhungen auf lebenswichtige Artikel, sondern auch sofortige Beseitigung des Nachtbackverbots gefordert. An dieser Forderung überrascht ganz besonders die Jämmerlichkeit der Begründung. Der Reichslandbund kommt in seiner Beweisführung der Oeffentlichkeit mit den ältesten Ladenhütern. Er behauptet z.B., dass durch das Nachtbackverbot eine Verschlechterung der Brotqualität und dadurch ein Rückgang des Brotkonsums eingetreten sei. Dieser Unsinn ist längst von den Fachleuten erledigt worden. Warum der Roggenbrotkonsum zurückging, ist auch den Landwirten klar. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Industriestaaten ist dieser Rückgang festzustellen. Noch 1840 betrug in Frankreich die Roggenernte etwa halb so viel wie die Weizenernte. Heute ist sie ganz unbedeutend geworden, da Frankreich zum typischen Weizenverbrauchsland wurde. Die gleiche Erscheinung kann in England beobachtet werden, und auch in Deutschland, wo früher Roggen noch das ausschliessliche Brotgetreide war, ist der Rückgang des Roggenbrotkonsums nicht aufzuhalten. An diesem Rückgang ist das Nachtarbeitsverbot für die Bäckerreien wahrhaftig nicht schuld. Bei Zulassung der Nachtarbeit wird auch niemals eine Herabsetzung des Brotpreises erfolgen. Eine Verteuerung wird eintreten, da die Klein- und Zwergbetriebe in der Hauptsache den Brotmarkt beherrschen.

Um die Oeffentlichkeit für die geforderten Zollerhöhungen einzufangen, will man ihr einreden, bei Nachtarbeit könne das Brot billiger werden. Die Bäckereiarbeiter bedanken sich aber dafür, dass die Viertelmillion Menschen, die im Bäckergewerbe beschäftigt ist, in das Elend ständiger Nachtarbeit hinabgestossen wird - nur damit die Agrarier ihre Ware zu noch höheren Preisen absetzen können.

Im übrigen ist der Arbeiterschaft längst klar, wohin die Reise gehen soll. Die Sozialreaktion will nicht nur Beseitigung des Verbots der Nachtarbeit, sie will mehr. Sie glaubt, dass, wenn erst einmal der Quaderstein des Nachtbackverbots aus der Arbeiterschutzgesetzgebung herausgebrochen ist, der ganze Arbeiterschutz ins Wanken kommt. Es geht nicht nur um die Bäckereiarbeiter, sondern um den Arbeiterschutz überhaupt. Wenn ausgerechnet die Agrarier den Angriff gegen den Arbeiterschutz einleiten, so wirkt das angesichts der Tatsache, dass die Arbeiterschaft im Laufe der letzten Jahre zur Stützung der Landwirtschaft grösste Opferbereitschaft gezeigt hat, auch in diesen an Widerwärtigkeiten und Bitterkeiten so reichen Tagen ganz besonders widerwärtig.

SPD. Die neuen Schlichtungsverhandlungen im Lohnstreit der Rheinschiffahrt wurden am Sonnabend in Düsseldorf aufgenommen. Da beide Parteien dem Schlichter Dr. Brahn umfangreiches Material vorlegten, werden die Verhandlungen erst am 7. Mai fortgeführt.